

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,30 M.

Schriftleitung: Berlin S 42, Luisenufer 1. Tel. Mpl. 3725
Postscheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 1,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheits-Anzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Überschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. Alleingige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 11, Königsgräzter Straße 97. Fernsprecher: Hasenheide 2780, 2781, 4718, 4738, 4739, 4759. Postscheckkonto Berlin 47910.

Für die Zeit vom 22. bis 28. August und 29. August bis 4. September ist der 34. und 35. Wochenbeitrag fällig.

Hilfe den englischen Bergarbeitern!

Der Vorstand des ADGB. ruft alle Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands auf, den englischen Bergarbeitern, die bereits länger als drei Monate in einem schweren Kampfe stehen, die erbetene geldliche Hilfe zu gewähren. Die Sammlungen zu diesem Zwecke erfolgen durch die Ortsausschüsse des ADGB. Unsere Kollegen-schaft wird trotz ihrer eigenen schweren Notlage in der Hilfsbereitschaft nicht zurückstehen wollen.

Der Vorstandsvorstand.

Kinderarbeit in der deutschen Samenzucht.

Schon einmal waren wir veranlaßt, uns mit diesem Thema zu beschäftigen (Nr. 10/1926). Damals war es ein Artikel in der Tagespresse, in dem die Firma Dippe, Quedlinburg, die schwarzen Folgen auszumalen suchte, die entstehen würden, wenn die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren, wie es der Entwurf des Arbeitsamts in Genf betr. ein internationales Übereinkommen will, unterbunden werden sollte.

Jetzt unternimmt die Firma Dippe einen neuen Vorstoß von strategischer Großzügigkeit. In der angesehenen Zeitschrift „Soziale Praxis“ erscheint aus der biegsamen Feder des Syndikus obiger Firma, Dr. S. Klewitz, ein längerer Aufsatz unter gleicher Überschrift. Als Anlaß wird diesmal ein anderer gewählt, nämlich der Aufsatz „Kinderarbeit in der Landwirtschaft“ von Regierungsrat Else Lüders im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 1/2, 1926. In diesem Aufsatz wurden zwei Umfragen über die Kinderarbeit behandelt. Die eine ist amtlichen Charakters, wurde 1904 durchgeführt; ihre Ergebnisse sind in einer Denkschrift niedergelegt, aber nicht, wie eine Entschließung des Reichstages vorsahe, diesem vorgelegt worden. Die andere Umfrage erfolgte 1922 seitens des deutschen Kinderschutzverbandes, unterstützt vom Reichsarbeitsministerium.

Aus den Ergebnissen der letzteren ist bei Vergleichen mit denen der amtlichen Statistik vom Jahre 1904 durch Dr. Helene Simon festgestellt worden, daß sich die Arbeit der Kinder in der Landwirtschaft der Art nach wenig geändert, der Umfang der Beschäftigung eigener und fremder Kinder aber wesentlich zugenommen hat.

Sowohl die amtliche Untersuchung von 1904 wie die von 1922 zeigt recht trübe Bilder: Heranziehung der Kinder in zu jungem Alter und zu ungeeigneten Arbeiten, übermäßig lange Arbeitszeiten, stundenlanges Arbeiten in gebückter Stellung, oft bei kaltem Wetter, alles Umstände, die den kindlichen Nachwuchs auf dem Lande aufs schwerste gefährden. Frau Else Lüders kommt deshalb zu dem Schluß: „So ernst steht für alle verantwortungsbewußten Kreise die erste Verpflichtung, nach Mitteln zur Bekämpfung der aufgedeckten Mißstände zu suchen.“

Dennoch vermag sich Regierungsrat Else Lüders nicht die Vorschläge von Helene Simon zu eigen zu machen, die ein einheitliches Reichsgesetz zum Schutze der Jugend fordert, das die gesamte Jugend bis zu einem bestimmten Alter in allen Berufsarten und Erwerbszweigen zu umfassen hätte. Sie meint, daß für die eigenen Kinder die Schutzbestimmungen genügen dürften, die in den Genfer Beschlüssen von 1921 vorgeesehen sind: Sicherung des Schulbesuches und der Nachtruhe. Für fremde Kinder sollten dazu Vorschriften kommen über das Zulassungsalter (für leichte Arbeiten 10 Jahre, für schwerere 12 Jahre), über die Dauer der Beschäftigung (während der Schulzeiten 3 Stunden, während der Ferien höchstens 8 Stunden) und über verbotene ungeeignete Arbeiten. Was als leichte, schwere

oder ungeeignete Arbeiten zu gelten habe, könnte von den Landesbehörden nach Anhörung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen sowie der Schulbehörden festgesetzt werden. Else Lüders schließt ihren Aufsatz im „Reichsarbeitsblatt“:

„Bei allen Maßnahmen, die zum Schutze der Kinder in der Landwirtschaft ergriffen werden, handle es sich nun um Verwaltungsmaßnahmen schon bestehender Gesetze oder um künftige gesetzgeberische Arbeit, muß im Auge behalten werden, daß es vor allem darauf ankommt, die Produktivität der Landwirtschaft nicht zu verringern, sondern im Gegenteil so viel als möglich zu heben. Diese Hebung kann durch die verschiedensten Maßnahmen wirtschaftlicher und sozialer Art erfolgen, aber es ist ein völlig verkehrter Weg, wenn man glaubt, der Landwirtschaft durch übermäßige Kinderarbeit helfen zu können. Daher sollte jeglicher Mißbrauch kindlicher Arbeitskraft, ganz gleich, ob er aus Not, Unverstand oder Egoismus geschieht, bekämpft werden. Dieser Kampf, auch wenn er in Einzelfällen zu Härten führt, dient letzten Endes am meisten der Landwirtschaft selbst. Für die Kinder, die in geeigneten Grenzen beschäftigt werden, kann sich das Wort bewahren, daß durch die landwirtschaftliche Arbeit die Liebe zur Scholle geweckt wird und die Kinder in den landwirtschaftlichen Beruf hineinwachsen. Dagegen lernen die Kinder, die in der Jugend ausgebeutet werden, die Arbeit hassen und wandern, sobald sie nur können, in die Industriezentren ab. Diese Lehre ergibt sich sehr deutlich aus der Umfrage von 1922. Man darf daher trotz aller Not der Gegenwart die Aufgabe nicht vergessen, der Landwirtschaft einen gesunden Nachwuchs zu sichern, indem man den Kindern auf dem Lande ihr Recht auf Erziehung wahrt und sie vor körperlicher Überanstrengung beschützt.“

Trotz dieser den Interessen der Arbeitgeber recht weit nachgebenden Stellungnahme erachten es unsere Samenbauern für notwendig, sich besonders bemerkbar zu machen. Doch gewiß nicht nur deshalb, weil man sie bei der Umfrage im Jahre 1922 unberücksichtigt gelassen hat. Wie sie selbst hervorheben, wird die Arbeit der Kinder von ihnen in besonderer Ausdehnung bei der Gewinnung der Blumensamen in Anspruch genommen. Der Umfang dieser Kinderarbeit sei jedoch im letzten Jahrzehnt sehr stark zurückgegangen. In diesem Zusammenhang wird die kühne Behauptung aufgestellt, gerade der eingetretene Mangel an Kinder-Arbeitskräften sei eine der Schwierigkeiten, die sich der Ausdehnung der Blumensamengewinnung entgegenstellten. Während früher bei der Firma Dippe oft über 500 Kinder tätig gewesen wären, mache es jetzt schon Schwierigkeiten, 100 Kinder für die Arbeit zu bekommen. Geradezu großartig ist die Erklärung dieser Erscheinung, die die Firma Dippe sich aussucht: „Der geringe Andrang dürfte u. E. darauf zurückzuführen sein, daß die Lohnverhältnisse der Eltern sich wesentlich gebessert haben.“ Als Beweis dafür wird behauptet, daß in der dortigen Landwirtschaft mehr als 200 Proz. der Friedenslöhne gezahlt werden. Welche Elendslöhne damals und auch heute noch gerade in Quedlinburg den Gärtnern und Gärtnerarbeitern gezahlt werden, wird selbstverständlich und wohlweislich verschwiegen. Erreicht doch der Spitzenlohn des Gärtners die schwindelnde „Höhe“ von 48 Pfg., des Arbeiters 44 Pfg.

Außerordentlich reizvoll sind die bevölkerungspolitischen Philosophien, die Dr. Klewitz in seinem Aufsatz an den Mann zu bringen sucht und die dahin ausklingen: die Gewerkschaften sind schuldig, wenn kinderreiche Eltern es jetzt so schwer haben, eine erträgliche Lebenshaltung zu sichern. Der Satz, daß diese Eltern infolgedessen gezwungen seien, den erforderlichen Ausgleich in der mithelfenden Arbeit der Kinder zu suchen, ist wohl ein Widerspruch zu dem oben angegebenen „Mangel an Kinder-Arbeitskräften“, aber im übrigen ein Beispiel von den vielen demagogischen Kniffen dieser wahrscheinlich nicht mit 48 Pfg. pro Stunde bezahlten Doktorarbeit.

Deren Schlußsätze müssen im Zusammenhang gelesen werden, um ihre ganze Schönheit voll genießen und würdigen zu können. Sie seien deshalb ungekürzt wiedergegeben:

„Von unabsehbaren Folgen für die Blumensamengewinnung Deutschlands würde ein Verbot der Kinderarbeit sein. Schon jetzt ist die Ausdehnung der Blumensamenfelder in Deutschland zurückgegangen, weil es billiger ist, den von den deutschen Samenzüchtereien gezüchteten Muttersamen in ausländischen Betrieben, z. B. in Holland, vermehren zu lassen, einmal weil dort durch den Stand der Valuta die Unkosten im allgemeinen geringer sind, sodann aber auch, weil dort die Familienbetriebe sehr stark vertreten sind, in denen die Kinder von klein auf zu der Züchtung von Blumensamen herangezogen werden. Würde in Deutschland auch nur verboten werden, fremde Kinder in der Samenzucht zu beschäftigen, so würde die Folge sein, daß die Blumenfelder, die noch jetzt ‚die Reisenden bei der Fahrt durch die Quedlinburger Fluren entzücken‘, verschwinden und in das Ausland verlegt würden. Da die Blumensamenzucht natürlich nicht nur für Kinder, sondern in ausgedehntem Maße auch für Erwachsene Arbeit bietet, könnten auch weniger Erwachsene in der Samenzucht beschäftigt werden, und auch die Arbeitslosigkeit unter den Gärtnern müßte weiter steigen. Daneben ginge die Ausfuhr von Sämereien in das Ausland zurück. In der Landwirtschaft gehört die Samenzucht zu den wenigen Teilgebieten, die eine bedeutende Ausfuhr nachweisen können und dadurch helfen, die Lasten des Dawes-Gutachtens abzutragen. Wird den Samenzuchtbetrieben die Möglichkeit dazu durch unzweckmäßige Maßnahmen, wie das Verbot oder die übermäßige Beschränkung der Kinderarbeit, wesentlich erschwert, so sind sie nicht in der Lage, diese für die deutsche Volkswirtschaft jetzt besonders wertvolle Leistung zu vollbringen. So führt unsere Betrachtung zu dem Ergebnis, daß die Entscheidung auch in der behandelten Frage, um mit dem früheren Reichskanzler Dr. Luther zu sprechen, wenigstens in den nächsten Jahren das Vorzeichen ‚Wirtschaft‘ tragen muß.“

Wir werden uns mit diesem Quedlinburger Produkt wohl oder übel noch etwas eingehender befassen müssen. Für heute seien nur einige ganz besondere Schönheiten hervorgehoben. Zunächst das Zugeständnis, daß schon jetzt in holländischen Betrieben ein umfangreicher Nachbau deutschen Muttersamens stattfindet, weil dieser durch den Stand der Valuta dort billiger ist. Eine herrliche Illustration des deutschnationalen Volksempfindens und echtdeutscher Wirtschaftsführung. Während offiziell vom deutschen Erwerbsgartenbau gegen die Holländer zu Felde gezogen wird, gibt man Samenbauaufträge nach dort hin, weil sich in Ausnutzung der geldwirtschaftlichen Bedingungen riesige Profite erzielen lassen, ebenso wie man bekanntlich Blumenzwiebeln in Massen importierte, solange man sich damit ein Geschäft versprach. Bei der kleinsten Schmälerung des Profites, den gerade der Samenbau in besonders hohem Maße eingesackt hat, drohen aber diese „guten Deutschen“ mit der Verlegung ihrer Betriebe ins Ausland. Doch die Drohungen mit der Verlegung der gesamten Blumensamenzucht nach Holland für den Fall, daß in Deutschland auch nur die Beschäftigung fremder Kinder verboten würde, werden denjenigen nicht beirren, der von der Demagogie unserer Unternehmenssyndizi unbenommen seinen klaren Verstand behält und sich vor Augen hält, wovon sowohl Herr Dr. Klewitz als auch wir ausgegangen sind: durch ein internationales Übereinkommen soll die Arbeit der Kinder unter 14 Jahren unterbunden werden.

Bisher hat sich Holland mindestens in dem Maße wie Deutschland an internationale Abkommen gehalten. Es entfallen somit alle die Voraussetzungen, mit denen die Firma Dippe bei ihrer Drohung operiert. Kommt das von uns ersehnte Verbot der Kinderarbeit, dann nicht nur in Deutschland, sondern auch, und wahrscheinlich schon früher und weitgehender, in Holland. Die Klewitzschen Ausführungen dürften auch von allen ehrlichen Sozialpolitikern in ihrem wirklichen Werte recht schnell erkannt und entsprechend gewürdigt werden.

Der Dresdener Garten-Bauerntag.

Unsere Garten-Bauern werden ihren Genossen von der eigentlichen Landwirtschaft immer ähnlicher. Sind sie doch in Dresden bereits darauf verfallen, ihren Garten-Bauerntag in einem Zirkus abzuhalten. Den Regisseuren erschien aber wohl die Dresdener Ausstellung als ein so starker Magnet, daß sie meinten, auf die Vorführung einiger Paradeperde und Klowns nach agrarischem Vorbild verzichten zu können. Aber sie, die den 5000 Personen fassenden Zirkus Sarrasani im Traume schon überfüllt sahen, erlebten doch eine Enttäuschung. Trotz größter Reklame war dieser nur zu etwa einem Viertel besetzt. Und bei der Ankündigung des zweiten Vortrages rückten große Scharen mit so großem Getöse ab, daß der Vortragende große Mühe hatte, durchzudringen. Die erwarteten Zirkussensationen waren eben ausgeblieben. Damit war aber für die eine Sorte der Teilnehmer die ganze Angelegenheit erledigt. Obgleich der Vorsitzende, Herr Schetelig-Lübeck, sich diesmal besser als sonst vorbereitet und zweifellos auch einen guten Tag hatte, vermochte er nichts Besonderes und Originelles zu sagen.

Es fiel auf, daß er diesmal nichts von den Arbeitnehmern sagte und es unterließ, unzutreffende Behauptungen aufzustellen. Zweifellos eine Wirkung unserer Kritik. Auch daß die aufgezoogene Junggärtnerchse nicht so klappt, wie man es sich gedacht, mag mitgewirkt haben. Von den sonstigen Begrüßungsreden ist noch weniger zu berichten. Sie waren unter dem Durchschnitt.

Die Tagung war der wichtigen Frage der Rationalisierung des deutschen Gartenbaues gewidmet, die von den verschiedensten Seiten her durch vier Redner beleuchtet wurde. Als erster sprach der Direktor des R. d. D. G. Fachmann über die Einwirkung der Reichsverbände zusammengefaßten ideellen Kräfte. Seiner Auffassung nach trüben ausgerechnet unsere Garten-Bauern derart von Idealismus, daß sie alle steinreiche Leute wären, wenn es mit dem Idealismus allein gemacht werden könnte. Nach einer recht mangelhaften Vorlesung über die drei volkswirtschaftlichen Grundbegriffe: Boden, Kapital und Arbeit, bei der besonders die letztere herzlich schlecht davonkam, deutete der Direktor in seiner, vornehme Zurückhaltung markierenden, dabei die winklichsten Hintertreppen bevorzugenden Diplomatie an, daß sich eine „geringfügige Gegenarbeit“ im Reichsverbande bemerkbar mache. Die beruflichen Streitfragen wolle man jedoch nicht vor fremden Instanzen austragen. — Es waren nur wenige in der Versammlung, die hier ihren Direktor verstanden. Auch bei seinen weiteren Ausführungen ließ er oft die erforderliche Klarheit vermissen, indem er sich immer nur auf Andeutungen beschränkte. Um Irrtümern vorzubeugen, sei betont, daß wir Herrn Fachmann verstanden haben. Zum Schluß kamen bei der Betrachtung der Mittel und Wege einer Rationalisierung ihm Bedenken gegen drei Punkte: 1. die zu erwartenden Bodengesetze, von denen er eine größere Bewegungsfreiheit für den Gartenbau verlangte, 2. die immer größere Ausdehnung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe, 3. das Arbeitsschutzgesetz, das mit seinen Verschlechterungsabsichten des geltenden Arbeiterschutzes ihm noch lange nicht weit genug geht, so daß er es fertig brachte, es als ein Gesetz zu bezeichnen, das „uns vor der Arbeit schützen soll“. Damit kennzeichnete Herr Fachmann am besten, was er unter „Rationalisierung“ versteht.

Eine recht wertvolle Arbeit stellte dagegen das Reiferat vom Garteninspektor Weinhausen dar. In erster Sachlichkeit, auf rethorische Mätzchen verzichtend, untersuchte der Vorrangende die Betriebsmethoden und die Mittel zu deren Vereinfachung und rationalen Gestaltung. Und es darf berichtet werden, daß der nach dem Abrücken der Sensationslüsternden verbliebene Rest der Versammlung sehr aufmerksam den Darlegungen folgte, so daß dieser Teil des Gartenbautages einen recht günstigen Eindruck hinterließ. Da wir ohnehin uns mit den Fragen rationaler Betriebsführung eingehend zu beschäftigen gedenken, sei für heute eine ausführliche Wiedergabe der Ausführungen des Herrn Weinhausen zurückgestellt.

Recht bemerkenswert war auch der Vortrag des Herrn Reischle, dem die bankmäßige Verwertung der drei Millionen Reichsmark anvertraut ist, die dem Gartenbau als Rationalisierungskredit zur Verfügung gestellt sind. Die gewünschte selbständige Verteilung ist allerdings dem Reichsverbande nicht gewährt worden, sondern die Landwirtschaftskammern haben sich ihren ausschlaggebenden Einfluß auf die Verteilung auch dieser Kredite, die bekanntlich besonders dem Ausbau der Gemüsetreiberei dienen sollen, gesichert. Da bekanntlich beim Essen der Appetit erst richtig kommt, so ist das Bestreben verständlich, der Bank der Garten-Bauern weitere Staatsgelder zuzuleiten. So fordert man, daß alle die Gelder, die aus dem Gartenbau in Form von Steuern Beiträgen zu den verschiedenen Sozialversicherungen usw. herausgezogen werden, den Garten-Bauern auch wieder als Kredite, natürlich zu besonders günstigen Bedingungen, gegeben werden sollen. Der großartige „Idealismus“ unserer Garten-Bauern konnte kaum besser illustriert werden, als durch diese ergreifende Huldigung des schönen Grundsatzes: „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr.“

Nach der Vorführung dieser verheißungsvoll schimmernden Faña Morgana hatte es der letzte Redner, der Volkswirt Sievert, nur seiner jugendfrischen Stimme zu danken, wenn es ihm gelang, seine Darlegungen über Standardisierung, die Aufstellung gewisser Mindestbedingungen über Beschäftigtenzahl und Sortierung der Waren Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß das Programm dieser Tagung einer gewissen Großzügigkeit nicht entbehre, daß die Vortragenden bemüht waren, diesem auch Rechnung zu tragen. Der Gedanke und der Wille der Veranstalter, der gärtnerischen Wirtschaft als Ganzes zu dienen, war wohl zu spüren. Dem aufmerksamen Beobachter konnten jedoch die Zweifel nicht entgehen, die die meisten der Zuhörer hegten, ob es je gelingen könnte, das, was der anwesende kleine Teil der Intelligenz des Garten-Bauerntums in der Frage der Rationalisierung als theoretisch richtig und zweckmäßig erkannte, in der Praxis mit der im konstanten Beharrungszustande verbleibenden Masse durchzuführen.

Mögen die materialistischen Triebfedern noch so aufs höchste gespannt werden, so werden sie doch brechen an der Härte und Unbiegsamkeit reaktionärer Geister, die man im R. d. D. G. immer noch und immer wieder ruft und pflegt. So lange nicht auch in dieser Beziehung eine andere bessere Erkenntnis sich durchsetzt, wird alles sonst geleistete Sisyphusarbeit bleiben.

Die Angriffstaktik des Herrn Maurer.

Der außergewöhnlich ehrgeizige Direktor des Späth'schen Baumschulenbetriebes in Ketzin a. H. hat es endlich fertig gebracht, sich so in den Vordergrund zu drängen, wie das seinem Herzen wohl tut. Auf der diesjährigen Tagung des „Bundes deutscher Baumschulenbesitzer“ durfte er als Referent über „Die wirtschaftliche Lage der deutschen Baumschulen und die Bestrebungen des B. d. B.“ auftreten. Mit der Art, wie er das besorgt hat, dürften seine Auftraggeber zufrieden sein.

Uns interessiert lediglich das, was er in bezug auf die Arbeitnehmer und das Arbeitsrecht gesagt hat, und das war im Auszuge etwa folgendes:

„Von befreundeter industrieller Seite, die an Besprechungen des Reichsarbeitsgesetzes in Berlin teilgenommen hat, ist mir bekannt geworden, welche ungeheuren schweren Lasten der deutschen Wirtschaft durch ein neues Arbeitsrecht, das sich zurzeit in Bearbeitung befindet, erneut aufgebürdet werden sollen. Es wird Ihrer ganzen Stoßkraft bedürfen, um sich wenigstens mit einigem Erfolg dagegen aufzulehnen. Bei der an sich schon außerordentlich kritischen Wirtschaftslage in der Industrie, die zu Opfern bereit ist, wenn dadurch der gesamte deutsche Wirtschaftsmarkt neu belebt wird, wird diese sozusagen 'kalte Sozialisierung' als nicht mehr tragbar angesehen. Welche neuen Lasten das Reichsarbeitsgesetz dem deutschen Baumschulwesen bringen wird, ist zurzeit noch nicht bekannt. Wir geben aber der bestmöglichen Erwartung Ausdruck, daß in der Frage der Arbeitszeit sowohl der Landwirtschaft wie auch der Gärtnerei neue Erschütterungen erspart bleiben. Die immer erneuten Vorstöße der Gewerkschaften, in der Arbeitszeitfrage uns wieder völlig in die 'gewerbliche Zwangsjacke' zu stecken, werden uns schließlich aus unserer Abwehr- zur Angriffstaktik zwingen. Der Bund fordert in logischer Verfolgung seiner steuerlichen Zugehörigkeit zur Landwirtschaft auch eine sinngemäße Einstellung des Gesetzgebers in der Arbeitszeitfrage.“

Die Begründung dieser Forderung wurde in folgender außerordentlich „geistreichen“ Form gegeben:

„Der Beruf kann mit einer 8stündigen Arbeitszeit solange nicht auskommen, wie es uns noch nicht möglich ist, der Sonne begreiflich zu machen, daß sie vom Frühjahr bis Herbst von 4 Uhr nachmittags ab nicht mehr zu scheinen habe, oder solange wir unsern jüngsten Stift nicht damit beauftragen können, zu derselben Zeit einen alten Sack vor die Sonne zu hängen.“

Mit dem neuen Arbeitsrecht meint Herr Maurer anscheinend das sog. „Arbeitsschutz-Gesetz“, zu dem ja auch unser Gärtnertag in Dresden Stellung genommen hat. Dieser Gesetzesentwurf, dem der Rückschritt schon mit seinem Titel: — „Arbeitsschutz gegenüber dem bisherigen Arbeiterschutz — an der Stirn geschrieben steht, kündigt also Herr Maurer noch „Auflehnung mit aller Stoßkraft“ an. Angenommen, diese Stoßkraft hätte den gewünschten Erfolg, so würden wir mit unserem deutschen Arbeiterschutz ganz gewiß hinter die Hottentotten geraten. Daß auch Herr M. uns dahin haben möchte, hatten wir trotz seiner gegen uns in Ketzin und Falkenrehde gerittenen Attacken bisher nicht angenommen.

Der vorläufige Referentenentwurf des Reichsarbeitsministeriums besteht nun bisher eigentlich nur aus Ausnahmestimmungen, so daß mit Maurerscher Taktik auf Grund dieser ein fast 24stündiger Arbeitstag gestaltet werden könnte. Es scheint fast, als sollte es doch kein Honig sein, wenn Herr M. dazu sagt, daß eine solche „kalte Sozialisierung als nicht mehr tragbar“ angesehen werden müsse.

Mit den „immer erneuten Vorstößen der Gewerkschaften, in der Arbeitszeitfrage uns wieder völlig in die gewerbliche Zwangsjacke zu stecken“, ist unser Gärtnertag in Dresden ganz freundlich umschrieben. Es freut uns aufrichtig, daß infolge dieser wichtigen Kundgebung sich die Herren gezwungen sehen, aus ihrer Reserve, aus ihrem Hinterhalt herauszutreten. Nur ganz heraus! Herr Maurer! Her auf den Plan mit offenem Visier! Wir fürchten nicht Ihren Angriff und scheuen nicht den Kampf, denn wir wissen:

Es kämpft sich nicht schlecht
für Freiheit und Recht!

Eine Tagung beschränkter Geister.

Bei Begründung eines neuen Vereins oder Verbandes (für viele stets als dringlich empfunden, weil noch nicht jeder ein Ämtchen hat) war es bisher üblich, daß die Ziele und Aufgaben meist in Programm- oder Aufrufform bekanntgegeben und damit in eine mehr oder minder umfangreiche Werbearbeit eingetreten wurde.

Eine Ausnahme von dieser Regel haben wir in unserem Berufe zu verzeichnen, und zwar bei dem „Reichsverbande Deutscher Privatgärtner“, begründet von Fritze Jaenisch, der sich bisher darauf beschränkte, in der „Gärtnerischen Rundschau“ gelegentlich kurze Notizen von sich geben, die von einem geistig und physisch ungefähr gleich dürftigen Leben zeugten.

Das starke Interesse, das die Dresdener Ausstellung in der gesamten Gärtnerwelt auslöst, hat nun aber doch Fritze Jaenisch in Seehof veranlaßt, seinem berühmten „Faß den Boden einzuschlagen“ und auch seine beschränkten Mannen nach Dresden zu einem „Gärtnertage“ zusammenzuholen.

Eigentlich waren es sogar zwei Tagungen, doch da sie beide von gleicher Bedeutungslosigkeit, auch die Teilnehmer annähernd die gleichen waren, sei darüber insgesamt berichtet. Am ersten Tage waren 33 Mann versammelt, am zweiten waren noch fünf Männchen dazugekommen. Doch die Herzen der Anwesenden klopfen hörbar, als verkündet wurde, daß die Tagung zugleich ein Jubiläum sei, denn grad sei das 100. Mitglied beigetreten. Diesem frohen Ereignisse hatte man eigentlich erst das Silvestertage entgegengesehen, doch man freute sich riesig über diese Frühgeburt. Herr Jaenisch versicherte darauf, daß man keine weitere Propaganda treiben, keine Gehilfen als Mitglieder haben wolle, auch diejenigen, die in den Gewerkschaften sich wohl fühlen, möchten darin bleiben. Für einen „Reichsverband“ ist das tatsächlich allerhand Beschränkung. Besonders betont wurde, daß der R. d. P. „kein politischer Verband“ sei; doch da man um die Tatsache nicht herum kam, daß alle, die sich bisher zusammengefunden haben, Leser desjenigen gärtnerischen Blattes sind, das als einziges Politik, und zwar eine ausgesprochen völkische treibt, hielt man es doch für zweckmäßig, wenigstens den Wunsch nach einem eigenen Verbandsorgan erkennen zu geben.

Mit der gleichen Objektivität wurde Geschichte gefälscht. So behauptete ein Herr Brandt aus dem Erzgebirge, von Herrn Jaenisch zum Hauptkassierer ernannt, daß man vor der Gründung des R. d. P. sich an alle großen Verbände gewandt habe mit der Anfrage, ob sie bereit wären, sich der Interessen der Privatgärtner anzunehmen, aber keiner hätte etwas für sie übrig gehabt. Das ist soweit mindestens eine Unwahrheit, als es uns betrifft. Wir haben nie eine solche Anfrage erhalten. Auch Fritze Jaenisch behauptete in seiner „großen“ Rede über den Werdegang des Verbandes, keiner der Gehilfenverbände habe sich der Privatgärtner angenommen und ihre Interessen vertreten. Dagegen habe der alte V. D. P. viel geleistet. Worin diese Leistungen bestanden, hat der Herr J. für sich behalten. Gegenüber der Tatsache, daß der alte V. D. P. an seiner Leistungsunfähigkeit zugrunde gegangen, sind diese Verdrehungskünste schon ganz nette Leistungen. Jaenisch und Brandt zeigen damit, daß sie aus der alten Schule der Schaumschläger stammen und sie sich weiter als Akrobaten auf dem Gebiete der Vorspiegelung falscher Tatsachen betätigen wollen. Ihre Behauptungen, daß die Gehilfenverbände für die Interessen der Privatgärtner nichts getan haben, erklären sich daraus, daß die Jaenisch, Brandt und Konsorten ganz andere Interessen haben, als normale Menschen, die das armselige Los der Privatgärtner zu tragen haben, naturgemäß haben müßten.

Als solche anderen Interessen sind bisher allerdings bei diesen neuen großen „Führern“ nur die Befriedigung krankhaften Ehrgeizes und unbeschreiblich lächerlich wirkender Eitelkeit zu erkennen; bei ihren Anhängern sind alle Zeichen von Rückgratsverkrümmung oder geistiger Beschränktheit festzustellen, woraus sich auch das eifrige Studium der „Gärtnerischen Rundschau“ erklärt, die nämlich eine Rubrik führt: „Was der Hausarzt sagt?“. Auch findet so mancher darin seine geistige Erbauung, nämlich in den „Offenen Briefen“ und sonstigen Episteln des „Bundes gläubiger Gärtner“. Diese geistige Beschaffenheit der guten Leutchen, die angeblich die besonderen Berufsinteressen der Privatgärtner vertreten wollen, kamen in geradezu rührender Weise zum Ausdruck in den verschiedenen Hochs, die ausgebracht wurden. Das erste galt einem Herrn Steinemann, der als Nestor und Altmeister der Privatgärtner gefeiert wurde, den weitesten Kreisen der Kollegen aber völlig unbekannt sein dürfte. Bemerkenswert war hierbei der Kompetenzstreit zwischen Jaenisch und seinem Kollegen Haase, der für sich das größere Recht beanspruchte, Steinemann anzuhocken.

Aus dem vielen geredeten Unsinn sind zwei Punkte herauszuheben, die als Ziele und Aufgaben des Verbandes gelten könnten. Zunächst der Plan eines Sterbegeldes von 1000 M., das auf dem Wege einer Rückversicherung mit einer Lebensversicherungsgesellschaft erlangt werden soll. Dann die Errichtung eines Stellennachweises, durch den, wie Herr Jaenisch besonders hervorhob, selbst die allerschlechtesten Stelle besetzt werden soll, um sie besser zu machen. Als Mittel dazu empfahl er den Spatenstiel, auf eine Drohung damit sei er einst mit einer Kiste Zigarren ausgezeichnet worden. (?) Den würdigen Abschluß dieser welterschütternden Tagung bildete eine Hutkollekte. Wie man sonst Geld zu schinden weiß, zeigt folgendes Beispiel: Man bezog die Eintrittskarten zur Ausstellung von unserem Dresdener Büro für 85 Pf. pro Stück, nahm aber dafür 90 Pf.

So wirkte dieses Gaukelspiel, das da unter der Bezeichnung „Gärtnertag“ aufgezogen war, außerordentlich lächerlich und belustigend. Doch wenn man darüber hinaus wieder den Blick ins Leben richtete und die Tagung der Arbeitgeber mit ihrer geschlossenen Front und ihrem entschlossenen Willen zur Durchsetzung ihrer Forderungen sah, dann konnte man nur Trauer darüber empfinden, daß unter den Arbeitnehmern der Gärtner derartige Gaukler, Wirt- und Querköpfe noch immer wieder Anhänger finden und damit die so dringlich notwendige Zusammenfassung

aller Kräfte gegenüber unseren mächtigen Gegnern immer wieder hemmen. Darum kann und darf dieser Reichsverband der beschränkten Geister von uns nicht unbeachtet bleiben, denn: „Der Feind, den wir am meisten hassen, der uns umlagert schwarz und dicht, das ist der Unverstand der Massen, den nur des Geistes Schwert durchbricht.“

Dresdener Nachklänge.

„Gemietliches.“

Mit stark 200 Mann waren die Kollegen am 12. Juli zum Besuch der Laubegaster Gärtnereien angetreten. Die beiden Chefs der einen großen Gärtnerei, Vater und Sohn, führten höchst persönlich und zeigten ihre Gärtnerei und Kulturen in zuvorkommenster Weise. Unterdessen hatten einige Kollegen ihren verhältnismäßigen starken Bartwuchs entdeckt und benutzten die Mittagsstunde vor Abfahrt unseres Sonderdampfers in Laubegast, den Barbier aufzusuchen. Zu ihrem Erstaunen fanden sie dort auch den jungen Chef obiger Gärtnerei als Gast. Auf den Massenandrang war dieser Dorfbarbier jedoch nicht eingestellt, und hilflos sondierte er unter der zahlreichen Kundschaft, wer ihm wohl beim Einseifen behilflich sein könne. Hilfsbereit sprang sofort ein Hannoverischer Kollege ein und begann mit der Grazie eines Figaro mit einer derart gründlichen Einseifung des Herrn Gärtnereibesitzers, daß dieser darob in helles Erstaunen versetzt wurde. Verbindlich lächelnd kam die Aufklärung: Die Gelegenheit, einen Arbeitgeber mal gehörig einzuseifen, müsse doch gründlichst ausgenutzt werden. — Darauf geriet der Laden infolge der stürmischen Heiterkeit in recht bedenkliches Wackeln, war doch bei seiner Erbauung nur „sächsische Gemietlichkeit“ berücksichtigt.

Nach einer Exkursion in die Weinberge der Löbnitzortschaften sammelten sich die Beteiligten im Restaurant des Schlosses „Hoflöbnitz“, um auch mal den erzeugten goldenen Tropfen einige Proben zu entnehmen. Der Wirt arbeitete ohne Personal und bediente selbst. Bei seinem Eifer, die am frühen Vormittag schon so unerwartet große und fröhliche Schar gut zu bewirten, hatte sein Hosensboden Schaden gelitten und einen ganz bedenklich langen Querriß erhalten. Indes nahm hieran niemand Anstoß, im Gegenteil, der zerrissene Hosensboden des Wirtes trug nur ein weiteres zu der feuchtföhlichen Stimmung bei. Natürlich war von dem guten Mann der ominöse Riß noch nicht entdeckt. Selbst mit anwesende spießbürgerliche Gäste hatten an dem lustigen Gärtnervolk Gefallen. Als das dann weiterwanderte, fragten sie in echt sächsischer Neugierde einige Nachzügler, das wären wohl die rechten Junggärtner gewesen, was ihnen natürlich verständnisvoll lächelnd von den Kollegen bestätigt wurde. Aus den ulkenden und neckenden Hin- und Herrufen war ihnen ein Name bekannt geklungen, so wie einer der bekanntesten Dresdener Baumschulenbesitzer heißt, deshalb fragten sie neugierig weiter, der Führer der Gesellschaft sei doch wohl der Herr Baumschulenbesitzer Soundso gewesen. Auch das wurde ihnen bestätigt, worauf die Herrschaften ihre Freude darüber zum Ausdruck brachten, eine so lustige Junggärtnergruppe und den Herrn Baumschulenbesitzer — in dieser Form kennen gelernt zu haben. — Von Stunde an reiste der verwechselte Kollege als der Herr Baumschulenbesitzer X. die nächsten Tage als Führer weiter und wurde nur noch als solcher begrüßt und vorgestellt.

Wie besorgt die Frauen unserer Kollegen um ihre Männer sind, zeigte sich auf der Bastei. Dort meldete die Kollegin ihren Mann als vermißt an und befürchtete, er sei die 200 m hohen Felsen in die Elbe hinuntergestürzt. Alle angewandten Beruhigungsversuche nutzten nichts. Die Kollegin sah mit Grauen bereits das schreckliche Ende ihres Gatten und sich als Trauerweide. — Da kam uns unten im Amselgrund der vermißte Kollege quatschvergnügt entgegen. Er hatte es vorgezogen, statt in den Felsen heranzuklettern, sich in einem schattigen Gartenrestaurant zu laben. Nach einer kleinen temperamentvollen Gardinenpredigt war unsere Kollegin auch bald wieder quatschvergnügt!

Unter den „Hochtouristen“ des Gärtnertags, die sich bis in die Böhmisches Schweiz hineinwagten, befand sich auch ein poetisch veranlagter Berliner Kollege, der bei jedem Anlaß den Mitbeteiligten seine Dichtkunst vortrug mit dem Refrain:

Eine richtige Tour ist, wenn der Tourist
in einer Tour ist, wenn er auf der Tour ist!

Doch die übrigen Sprechathener stellten in einer Resolution fest, daß — ein Glück — dieser Rivale Goethes „kein echter Berliner, sondern einer von die Zugelooften ist“. Professor **Grashalm**.

Die Kehrseite.

Alle Kolleginnen und Kollegen, die gelegentlich des Gärtner-tages in so unerwartet großer Anzahl nach Dresden gekommen und die Gartenbauausstellung und gärtnerischen Großbetriebe besichtigt haben, sind wohl ohne Ausnahme befriedigt von der Fülle des Gesehenen.

Die bisher unerreichten Leistungen der Ausstellung auf fast allen Gebieten des Gartenbaues boten dem Fachmann so viel Neues, gute Anregungen und Ergänzungen seines fachlichen Wissens, daß die Freizeit und der Geldbeutel für die meisten Kollegen nicht ausreichten, um sich so eingehend mit den Einzelheiten zu beschäftigen, als es wünschenswert gewesen wäre.

Ganz besonders waren die Besichtigungen der gärtnerischen Großbetriebe geeignet, neue Eindrücke und Anregungen zu geben. Kulturen in höchster Vollendung, modernste Überwinterungsräume, Packhallen und Gewächshäuser, die mannigfachsten Maschinen, Fräsen, Bewässerungsanlagen, kurz, die neuesten Erfindungen auf technischem Gebiete, alle Errungenschaften der Neuzeit legten Zeugnis ab von der Leistungsfähigkeit der Dresdener Betriebe, von ihrem unbestreitbar gewerblichen Charakter, von der Geschäftsfähigkeit ihrer Inhaber und von — dem Fleiß ihrer Arbeitsbienen.

Doch bekanntlich hat jede Medaille auch eine Kehrseite. Mit vielen anderen Kollegen ist mir u. a. die Kinderarbeit in den Dresdener Großbetrieben aufgefallen, daß die in einem so erschreckend großen Umfange betrieben wird, wie wir es doch nicht mehr für möglich gehalten hätten. In einer Zeit, wo Millionen Volksgenossen und auch Tausende gärtnerischer Arbeitskräfte auf der Straße liegen, beschäftigt man hier schulpflichtige Jungen und Mädchen in den Gärtnereien mit allen erdenklichen Arbeiten.

In dem Versuchsgarten der „Sächsischen Samenzuchtgesellschaft m. b. H.“ sagte mir ein etwa 12-jähriger Junge: „Wir haben jetzt Ferien und müssen nun acht Stunden lang arbeiten! — Für die Stunde erhalten wir 15 Pf., bei ganz heißen Tagen 25 Pf.“ — So dienen diese Proletariatskinder während ihrer „Ferien“ in heißester Sonnenglut und unter Regenschauern dem Kapitalismus bei seinen „Rationalisierungs“-Bestrebungen. Der Gedanke, daß die in dieser Ausstellung zur Schau gestellten Erzeugnisse mit dem Schweiß dieser Kinder gedüngt sind, hat mir die ganze anfängliche Freude verbittert und vergällt. Das ist gewiß kein Ruhmesblatt der Dresdener, der sächsischen Gärtnereibetriebe. Und es ist eine Schande, deshalb den Beruf zu einem landwirtschaftlichen Stempel zu wollen, um den „Fesseln“ des gewerblichen Kinderschutzes sich entziehen zu wollen.

Die Gewerbeaufsichtsbehörde des Freistaates Sachsen sollte endlich auch in den Gärtnereien, die nach geltendem Recht noch immer gewerbliche Betriebe sind, nach dem Rechten sehen.

G. T.

Berufsorganisation?

Welchem Ziel wir bezüglich der Organisationsform zu zustreben haben, wurde auf dem Kongreß des ADGB. in Breslau festgelegt; auch unser Verbandstag im vergangenen Jahre hat sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt und durch eine Entschliebung, den Anregungen des ADGB. entsprechend, diesbezügliche Richtlinien gegeben. Die Bestrebungen und auch der Wille, die Organisationen nach jeder Hinsicht leistungs- und aktionsfähig zu machen, ist vorhanden.

Unsere Mitgliedschaft hier im Industriebezirk stellt gewiß eine ganz unscheinbare Schar dar gegenüber der riesigen Anzahl von Industriearbeitern, und man könnte leicht zu der Auffassung kommen, daß die großen Verbände der Metallarbeiter, Bergarbeiter, sowie der Gemeinde- und Staatsarbeiter auch die Verhältnisse unserer Kollegen in den hierfür in Frage kommenden Betrieben ohne weiteres regeln könnten. Daß dem nicht so ist, es hier vielmehr doppelt notwendig erscheint, unsere in den Werks- und Stadtgärtnereien beschäftigten Kollegen im Berufsverband zusammenzufassen, will ich an einigen Beispielen zeigen:

Die Gutehoffnungshütte in Oberhausen, ein Werk, das etwa 12 bis 15 Tausend Arbeiter beschäftigt, hat auch umfangreiche gärtnerische Anlagen, die von etwa 70 Personen, Gärtner und Arbeiter, unterhalten werden. In der Arbeitszeit — 58 Stunden in der Woche — stehen diese den Werkarbeitern gleich, dagegen im Lohn durchweg 5 Pf. pro Stunde unter diesen. Seitens des Werkes wird behauptet, die Arbeit der Gärtner sei eine weniger schwere usw. Man hat sie auch mit anderen Arbeitern zu einer besonderen Gruppe zusammengefaßt und nennt das Ganze: „Forstverwaltung“ der G.H.H. So ist man durch eine Hintertür aus dem großen Getriebe hinausgeschlüpft und die Gärtnerei hat mit dem Werkstarif nichts mehr zu tun. Dem Berufsverband bleibt es nun überlassen, die Rechte dieser Kollegen und ihres Betriebes, die ein Bestandteil des Gesamtwerkes sind, zu vertreten.

Ein gleiches Beispiel bieten die Klöckner-Werke in Ickern, Kr. Dortmund. Hier nennt man das Kind „Grundstücksverwaltung“, hat die Leute aus der Knappschaft herausgenommen und der Ortskrankenkasse überwiesen. Für die auf den Zechen beschäftigten Gärtner und Gärtnereiarbeiter galten bisher auch die bergbaulichen Tarifverträge.

Mit diesen Maßnahmen hat man einen glatten Tarifbruch vollzogen und zahlt nun nach Willkür und Belieben. Zu diesen beiden Fällen muß bemerkt werden, daß die Leiter dieser Anlagen Beamte der Werke sind und in ihren Bezügen sicherlich den übrigen Werksbeamten nicht im geringsten nachstehen.

Wir müssen uns klar darüber sein, daß heute oder morgen weitere Werke dazu übergehen und gleiches schaffen, haben also allen Grund, über diese Fälle nachzudenken. Je mehr man die einzelnen Industriegruppen zusammenzieht, desto mehr müssen wir damit rechnen, daß man die Nebenbetriebe absondert. Stets haben wir es als unsere Aufgabe angesehen, für die auf den industriellen Werken beschäftigten Kollegen die hierfür gültigen Tarifverträge in Anwendung zu bringen, was uns zum größten Teil deshalb gelungen ist, weil wir als Berufsorganisation in alle diese Dinge uns hineingemischt haben. Auf Grund dieser vorliegenden Tatsachen haben wir also noch mehr als bisher dafür zu sorgen, die Berufsverhältnisse im allgemeinen zu heben, damit Rückschlagen, wie in den angegebenen Fällen, noch entschiedener begünstigt werden kann.

Für die Stadtgärtereien sind die Verhältnisse durch einen Bezirkstarif allgemein geregelt. Als führende Organisation gilt der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. So scheint alles in Ordnung zu sein und zu klappen. Daß dem nicht so ist, dafür ein weiteres Beispiel. Die Stadt Duisburg geht jetzt dazu über, diejenigen Gärtner, die keine Gehilfenprüfung gemacht haben, nicht mehr als gelernte Handwerker zu entlohnen, sondern eine bzw. zwei Gruppen niedriger. Dazu hat die Stadtverwaltung kein Recht und konnte in einem Falle dem Kollegen bald geholfen werden, der die Differenz nachgezahlt erhielt und in die Gruppe der gelernten Handwerker wieder eingestellt wurde. Weitere Fälle sind uns wohl bekannt, doch können wir, da es sich um Unorganisierte handelt, vorläufig nichts zu ihrer Erledigung tun.

Die Verhältnisse können leicht dahin treiben, daß die nach dem 1. Januar 1924 ausgelernten Gärtner, die sich keiner Prüfung unterzogen haben, nicht als gelernte Handwerker angesehen bzw. entlohnt werden. Unsere Stadtverwaltungen können, wenn es gilt und wie das Beispiel zeigt, auch schnell handeln und mancher Kollege, der unserer Organisation fernsteht, würde vor einem Rätsel stehen. Wenn wir auf der anderen Seite sehen, mit welcher Verantwortungslosigkeit man Lehrlinge in Massen „ausbildet“, ohne deren Prüfung zu veranlassen, aber eine gesetzliche Regelung der Lehrlingsausbildung zu hintertreiben sucht, erhebt sich die Frage: Wer ist hier berufen, diese grundsätzliche und so bedeutungsvolle Frage zur Entscheidung zu bringen? Nur eine Antwort kann es hierzu geben: Die Berufsorganisation! An ihrer Stärkung mitzuwirken und damit an der Entscheidung dieser Fragen mitzuarbeiten, ist Pflicht aller Berufsangehörigen. **Zinke.**

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Im Jahre 1925.

Die an das Jahr 1925 geknüpfte Hoffnung, daß es die Periode eines neuen Aufstiegs der Gewerkschaften einleiten werde, hat sich leider nicht in dem erwarteten Maße erfüllt. Wohl trat in der ersten Hälfte des Jahres eine erfreuliche Zunahme der Mitglieder ein. Doch die im Herbst ausgebrochene schwere Wirtschaftskrise, die sich schon im Sommer durch eine ständig wachsende Beschäftigungslosigkeit ankündigte, lähmte die weitere Entwicklung. Immerhin schließt das Berichtsjahr gegen das Vorjahr noch mit einem Mehr von 158 644 Mitgliedern ab.

Die Zahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände verringerte sich von 41 auf 40. Der Verband der Chorsänger schied im April 1925 aus dem ADGB, er gehört nunmehr dem AfA-Bunde an. Bei seinem Ausscheiden zählte dieser Verband 3457 Mitglieder. Die im ADGB vereinigten 40 Verbände hatten am Ende des Jahres zusammen 4 182 511 Mitglieder gegen 4 023 867 am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Höchststand an Mitgliedern wurde mit 4 213 545 im September erreicht. Im Durchschnitt des Jahres zählten die Verbände 4 156 451 Mitglieder, darunter 751 585 weibliche und 122 182 jugendliche.

Die Kassenverhältnisse der Verbände haben sich im allgemeinen außerordentlich gut entwickelt. Die Beitragshöhe ist beträchtlich gestiegen und damit ist auch die Beitragseinnahme erheblich gewachsen. Die Gesamteinnahme betrug 147 526 701 M. gegen 97 037 600 M. im Vorjahr. Von der Jahreseinnahme 1925 kommen 136 256 640 M. auf Beitragsleistungen. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 125 874 093 M. Für Unterstützungen wurden 33 042 727 M., für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 29 656 960 M., für Verbandsorgane und Bildungszwecke 5 968 770 M. und für Agitation, Generalversammlungen, Verbindungen usw. 21 723 250 M. verausgabt. Die Ausgaben für Unterstützung sind gegen das Vorjahr um 22 698 116 M. und die für die wirtschaftlichen Bewegungen um 12 971 024 M. gestiegen. Die Verwaltung erforderte eine Ausgabe von 35 482 386 M. Davon entfallen 29 340 684 M. auf die Orts- und Gauverwaltungen und der übrige Teil auf die Zentralverwaltungen. Unter dem Einfluß der gebesserten Finanzlage ist der Anteil der Ausgaben für Unterstützungen an den Gesamtausgaben günstiger geworden, während andererseits die Verwaltungskosten anteilmäßig zurückgingen. Von je 100 M. der Gesamtausgabe wurden für Unterstützungen verausgabt 26,26 M., da-

gegen 1924 14,98 M. Von den Unterstützungsausgaben kamen auf: Arbeitslosenunterstützungen 13 814 291 M., Krankenunterstützung 14 130 286 M., Notfallunterstützung 1 084 564 M., Sterbefallunterstützung 1 727 183 M. und auf die übrigen Unterstützungen 2 286 398 M.

Eine recht erfreuliche Entwicklung verzeichnen die Ortsausschüsse des ADGB. Ihr Bestand war besonders hart von der Währungskatastrophe betroffen worden. Inzwischen haben viele Ortsausschüsse, die ihre Tätigkeit einstellen mußten, diese wieder aufgenommen. Durch die Statistik für 1925 wurde der Bestand von 1067 tätigen Ortsausschüssen festgestellt, von denen 1014 berichteten.

Die größeren Ortsausschüsse verfügen über recht bedeutsame und für die Arbeiterschaft wertvolle Einrichtungen. In 127 Orten bestehen Gewerkschaftshäuser, von denen sich 102 in Eigenbesitz der Ortsausschüsse befinden. Für die Mitglieder recht wertvolle Einrichtungen sind die Rechtsberatungsstellen der Ortsausschüsse. Im Berichtsjahre unterhielten 115 Ortsausschüsse Arbeitersekretariate, die von praktisch geschulten Angestellten verwaltet wurden. Elf Sekretariate zählten als Bezirkssekretariate, die im Auftrage des Bundes die bei den Oberversicherungsämtern anhängig gemachten Streitigkeiten zu vertreten haben. Die Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt wird von der Rechtsabteilung des Bundesvorstandes wahrgenommen. Außer den Sekretariaten bestanden 219 Rechtsauskunftstellen, die nebenberuflich verwaltet wurden. Auf dem Gebiet des Bildungswesens entfalten die Ortsausschüsse eine hervorragende Tätigkeit. In 696 Orten befanden sich gemeinsame Bibliotheken.

30. Deutscher Krankenkassentag in Düsseldorf.

Mehr als 2000 Vertreter deutscher Krankenkassen, zusammengeschlossen im Hauptverband Deutscher Krankenkassen e. V., füllten die Riesenhalle des Planetariums auf der „Gesolei“ in Düsseldorf. Damit kamen die Vertreter von 10 Millionen Versicherten hier zu Worte. Sehr zahlreich waren auch die Ministerien des Reiches und der Länder, sowie die Parlamente und die verschiedenen sozialpolitischen Organisationen vertreten.

In seinem Bericht über „Die gegenwärtige Lage der deutschen Krankenversicherung“ wies der geschäftsführende Vorsitzende Helmut Lehmann auf die ungeheure Not hin, die durch die unvermindert andauernde schwere Wirtschaftskrise über die arbeitende Bevölkerung Deutschlands gekommen ist und durch die die deutschen Krankenkassen in unerträglicher Weise belastet sind. Sie haben ständig rund dreiviertel Millionen Arbeitsunfähiger und Wöchnerinnen zu unterstützen und etwa die dreifache Zahl noch in Arbeit befindlicher Kranker mit ärztlicher Behandlung, Arzneien und Heilmitteln zu versorgen. Die schweren Hungerzeiten, zu denen Millionen Arbeitslose seit Monaten verurteilt sind, machen alle Bemühungen, den Gesundheitszustand des Volkes zu heben, zunichte. Nur unter Anwendung schärfster Kontrollvorrichtungen haben die Krankenkassen den Krankenstand künstlich zurückschrauben und sich dadurch vor dem finanziellen Zusammenbruch retten können. Daher ist ein Abbau der Beitragslasten der Krankenversicherung unmöglich. Die vom Unternehmertum verständlicherweise geforderte Zurückschraubung der Leistungen der Krankenversicherung, um auf diese Weise eine Verminderung der Soziallasten zu erreichen, würde schwere gesundheitliche, soziale und ethische Erschütterungen im deutschen Volksleben hervorrufen. Die unsachlichen und gewissenlosen Angriffe auf die Krankenkassen müssen daher aufs schärfste zurückgewiesen werden.

Von besonderer Bedeutung war dann noch der Vortrag von Ministerialdirektor Grieser über „Die internationale Sozialversicherung und ihre Triebkräfte“. Zu Eingang seiner Ausführungen wies der Vortragende die Äußerung von Prof. Gust. Cassel, Stockholm, zurück, daß die Internationale der Sozialpolitik die letzte Mode sei. Dann ging der Vortragende auf die Lage der Weltwirtschaft ein. Kapital und Arbeit seien die Träger der Wirtschaft, noch niemals hätten die sozialen Bedürfnisse eines so schweren Stand gehabt wie jetzt. Der Vortragende glaubt, die Besserung in der Rationalisierung der Betriebe und in der Rationalisierung der Sozialversicherung suchen zu müssen. Der Einwand des sozialen Dumpings ist dadurch niederzuschlagen, daß die Sozialversicherung der einzelnen Länder aneinander anzugleichen ist. Das Internationale Arbeitsamt, die internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt und auch die einzelnen Regierungen, gestützt auf Teil XIII des Versailler Vertrages, arbeiten an diesem Ziele. Zu einer geordneten Weltwirtschaft gehört auch eine internationale soziale Rüstung. Diese, mit starken Beifall aufgenommenen Ausführungen wurden unterstrichen durch Dr. Stein, Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes in Genf. Ohne Sozialversicherung kommen wir nicht mehr aus. Der Hinweis auf Amerika, wo es keine Sozialversicherung gibt, ist so lange verfehlt, als die europäischen Staaten nicht amerikanische Löhne zahlen. 46 Staaten haben sich rückhaltlos zur Sozialversicherung bekannt. Als Kernstück wird auf der Arbeitskonferenz 1927 die Krankenversicherung international zu regeln sein.

Aufgaben und Ziele der Arbeitsphysiologie.

Wir berichteten schon über den Vortrag des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius in der Vorständetagung des ADGB. am 9. Juli in Düsseldorf. Am 2. Verhandlungstage nahm Professor Dr. Atzler, Direktor des Instituts für Arbeitsphysiologie in Berlin das Wort zu seinem Vortrage über obiges Thema, den wir wegen seines hohen Interesses auszugsweise wiedergeben.

Der Vortragende ging zunächst auf die periodischen Schwankungen der Leistungsfähigkeit ein und zeigte, daß die Kurve der Leistung maßgebend von dem Grade der täglichen Ermüdung beeinflusst wird. Diese Beeinflussung macht sich bei einem Berufe, der eine starke Durcharbeitung des gesamten Körpers erfordert, in viel geringerem Grade bemerkbar, als bei der besonders in den hochorganisierten Betrieben immer mehr vorkommenden Arbeitsgestaltung, die sich nur auf ein geringes anatomisches Feld beschränkt. Es wurde an Beispielen der Unterschied zwischen der Ermüdung der nervösen Zentralorgane erörtert und darauf hingewiesen, daß bei der beruflichen Arbeit es in der Hauptsache auf die Ermüdung der nervösen Zentren ankommt. Die Ermüdung dieser Zentren beruht auf einer Störung im Gleichgewicht zwischen Aufbau und Abbau von Kraftsubstanzen. Der Rhythmus der Arbeit muß so gestaltet werden, daß in den Erholungsperioden ein vollkommener Aufbau möglich ist. Gerade bei den Arbeitsformen, die sich auf ein enges anatomisches Feld beschränken, ist die Gefahr besonders groß, daß sich bei dauernder Beanspruchung unter falschem Rhythmus eine chronische Ermüdung einstellt. Diese ist deshalb besonders so gefährlich, weil die Leistung während eines langen Zeitraumes konstant bleiben kann, trotzdem die schädlichen Folgen sich auf immer weitere Teile der nervösen Substanz ausdehnen.

Um nun diese Ermüdungsschädigung zu bekämpfen, hat man sich bemüht, objektive Meßmethoden einzuführen. Es muß aber festgestellt werden, daß alle diese Methoden kläglich versagt haben und es ist grundfalsch, auf solche Ermüdungsmessungen irgendwelche Schlüsse über die längere Arbeitszeit usw. aufzubauen.

Aber in anderer Richtung kann der Arbeitsprozeß dem Menschen angepaßt und den zerstörenden Folgen der Überbeanspruchung einzelner Organbezirke vorgebeugt werden. Es kommt darauf an, den Ermüdungswert der in den einzelnen Berufen erforderlichen Arbeitsbewegungen zu erfassen und solche Betätigungsarten auszuschalten, die einen besonders hohen Ermüdungswert besitzen. Dieses Ziel erreicht man durch Studium der Arbeitsbewegung sowohl wie auch durch Bestimmung des Wirkungsgrades. Wenn ein nervöser Bezirk überansprucht wird, so ändert sich mit dem Moment das Ingangsetzen benachbarter nervöser Zentren, die Ordnung der Bewegung; nicht immer in einer dem Auge sichtbaren Form. Mit besonderen Methoden kann man diese Bewegungsänderung erkennen und so durch vergleichende Messungen den höheren oder niederen Ermüdungswert verschiedener Bewegungsformen feststellen. Besitzt eine Arbeitsform einen besonders hohen Ermüdungswert, so wird es sich meist rentieren, diese Form der Arbeitsgestaltung durch eine andere zu ersetzen.

Von großer Bedeutung für den Ermüdungswert ist die Durchsetzung einer Arbeit mit statischen Elementen. Unter statische Arbeit versteht man eine Arbeitsleistung, wie wir sie beispielsweise mit Haltung eines Gewichtes mit nach vorn gestreckten Armen leisten. Der Muskel, der statisch arbeitet, wird schlecht mit Blut versorgt, hat keine Erholungspause und arbeitet somit unter ungünstigen ökonomischen Bedingungen. Jede Arbeit ist mit statischen Anteilen durchsetzt, denn die einzelnen Gliedmaßen müssen durch statische Muskularbeit gegeneinander versteift werden. Je mehr aber bei einer Arbeitsform die statischen Anteile überwiegen, um so größer ist der Ermüdungswert. Mit Hilfe von Atmungsversuchen kann man die Größe der statischen Durchsetzung einer Arbeit ermitteln. Schließlich ist es notwendig, die Arbeiten des Menschen unter günstigstem Wirkungsgrade zu erledigen.

Durch die Errungenschaften der Physiologie sind wir heute imstande, den Wirkungsgrad eines Menschen mit absoluter Genauigkeit zu bestimmen. Wir können feststellen, wieviel organisches Brennmaterial in unserem Körper verbraucht wird, um eine bestimmte Arbeitsleistung zu vollziehen. Wir brauchen nur die Menge von ausgeatmeter Kohlensäure und eingeatmeten Sauerstoffen während eines Arbeitsvorganges zu untersuchen, um den Energieaufwand hierfür zu ermitteln. Es ist nun der Weg geebnet, um die Arbeit des Menschen nach physiologischen Gesichtspunkten zu rationalisieren. Man geht dabei im Gegensatz zu Taylor, der einseitig auf Maximalleistungen Wert legt, auf ein Optimum aus, d. h. auf hohe Leistungen unter möglichst geringem Energieverbrauch.

Da man nicht alle die tausendfältigen Formen der industriellen Arbeitsgestaltung auf ihre Ökonomie hin untersuchen kann, hat man sich in der Weise geholfen, daß man häufig vorkommende Arbeitsclemente nach vielen Richtungen hin variierte und den Wirkungsgrad der einzelnen Arbeitsformen des einzelnen Elementes bestimmte. Diejenige Variation ist die günstigste, bei der unter dem besten Wirkungsgrad gearbeitet wird. Wenn die einzelnen Elemente alle durchuntersucht sind, dann ist die menschliche Arbeit wissenschaftlich rationalisiert. Aber auch schon heute, wo nur

relativ wenig Arbeitselemente in dieser Weise durchuntersucht sind, können wir Regeln von allgemeiner Gültigkeit ableiten, die sich schon heute in die Praxis umsetzen lassen. Der Vortragende erläuterte eine Reihe von solchen Beispielen.

Zum Schluß wies Dr. Atzler darauf hin, daß die wissenschaftliche Erforschung des schaffenden Menschen die einzig sichere Basis für eine rationelle Gestaltung des Arbeitsprozesses bildet. Alle die anderen Versuche, die in dieser Richtung unternommen worden sind, krankten an der Tatsache, daß der Einfluß des Ermüdungsgeföhles, der von außerordentlich vielen In- und Umweltfaktoren abhängt, nicht ausgeschaltet werden kann. Die Arbeitsphysiologie liefert aber Konstanten, welche unter allen Umständen Gültigkeit besitzen. Nur ist es notwendig, daß die wissenschaftlichen Erkenntnisse, welche dieser junge Wissenszweig gewonnen hat, nicht in den staubigen Regalen der Bibliotheken abgelagert werden, sondern daß ihnen durch die praktische Mitarbeit der im Leben stehenden Organisationen Leben eingebläst wird.

„Als Anerkennung seiner Verdienste“ . . .

In Möllers „Deutsche Gärtner-Zeitung“, Nr. 19, vom 1. Juli 1926 finden wir unter Personalnachrichten folgendes: „Richard Seibt, Geschäftsführer der Großgärtnerei in Stellmoor bei Ahrensburg in Holstein, hat als Anerkennung seiner Verdienste um die umfangreiche Neuanlage der Großgärtnerei die Amtsbezeichnung „Garteninspektor“ erhalten.

Der völlig wertlose, vom Arbeitgeber ihm verliehene Titel sei Herrn Seibt gegönnt. Worin aber bestehen nun die Verdienste des Herrn Seibt?

Die Gärtnerei gehört Herrn Karstedt, Mitinhaber der bekannten Firma, die große Warenhäuser in vielen Großstädten hat und auch die Arbeiterschaft zu ihren Kunden rechnet. Es dürfte deshalb manchen interessieren, näheres über den von Herrn Seibt geleiteten Gärtnereibetrieb zu hören.

In diesem arbeiten in der Regel 5 Gehilfen und 5 Lehrlinge, es ist also eine Lehrlingszuchterei in Reinkultur. Die Arbeitszeit ist unregelmäßig, im Durchschnitt wird täglich 11 bis 13 Stunden gearbeitet, wofür der horrende Lohn von 30 bis 40 M. pro Monat gewährt wird. Vergütung der Überstunden gibt es natürlich nicht. Auch die Titelverleihung dürfte eine Lohnaufbesserung nicht im Gefolge gehabt haben. Die Verpflegung durch den Herrn „Garteninspektor“ ist alles andere als gut. Jeden Tag Schwarzbrot mit Kunsthonig, eine Wassersuppe, die man Milchsuppe nennt, trockene Bratkartoffeln usw.

Die Lehrlinge, die gern die Fortbildungsschule besuchen möchten, werden davon abgehalten. Jedenfalls sind Herrn Seibt die dürmsten Gehilfen am liebsten. Die Wohnungsverhältnisse sind dringend einer Aufbesserung bedürftig.

Herr Seibt bemüht sich, diese idealen Zustände dadurch aufrechtzuerhalten, daß er den Betrieb von organisierten Kollegen frei zu halten sucht. Von einem Kollegen, der im Verbands war, verlangte er dessen Austritt. Sind Ihnen die Paragraphen 159 und 165 der Reichsverfassung nicht bekannt, Herr Seibt? Sie können diese unentgeltlich während der Sprechstunde in unserem Büro einsehen.

Jedenfalls bestehen in diesem Betriebe Zustände, die wir als unwürdig erachten und bekämpfen müssen. Hält dessen Besitzer es für angebracht, solche „besonderen Leistungen“ auszuzeichnen, dann wird die Arbeiterschaft es sich überlegen müssen, ob sie weiterhin der Karstedt-A.-G. ihre Kundschaft erhalten soll.

Der Fall zeigt uns aber auch ein neues Kapitel, das uns in Zukunft wohl noch des öfteren beschäftigen wird. Viele Gartenbesitzer, die bisher ihren Garten als Luxus betrieben haben, stellen diesen jetzt zum Rentabilitätsbetrieb um. Ein Obergärtner bekommt die Leitung und vom Überschuß gewisse Prozente. So wird dann darauf losgewühlt, um möglichst viel aus diesen Betrieben herauszuholen und sich selbst in kürzester Zeit gesund zu machen. Das in möglichst kürzester Zeit zu erreichen, wird deshalb angestrebt, weil auch über ihre „Leiter“ dauernd das Damoklesschwert der Entlassung hängt. Wir haben allen Grund, auf die Entwicklung unseres Berufes nach dieser Seite hin unser vollstes Augenmerk zu richten.

Runge.

Der Kampf um die Kaltpreiserhöhung.

Schon seit einigen Wochen wurde in der Tagespresse und den interessierten Fachzeitschriften die Frage einer Kaltpreiserhöhung besprochen. Die deutsche Kallierzeugung gehört zu den Industrien, die am frühesten und energischsten an die Rationalisierung ihre Betriebe herangegangen sind. Die gesamte Erzeugung ist auf wenige Großbetriebe zusammengedrängt, eine ganz erhebliche Verminderung der Beamten und Arbeiter dadurch erreicht und eine große Auslandsanleihe aufgenommen. In den Hauptversammlungen der Aktionäre hat man gebührend auf die erreichte erhebliche Senkung der Betriebskosten einerseits und die Hebung des Arbeitseffekts von früher 1 dz auf heute 2,5 dz pro Mann und Schicht andererseits hingewiesen.

In dem englischen Emissionsprospekt zu seiner Auslandsanleihe wies das Kalisyndikat auf die äußerst günstigen Geschäftsergebnisse des Jahres 1925 hin; ein Reingewinn von 45,5 Mill. Reichsmark ist erzielt bei einem Wert der Werke von 500 Mill. Reichsmark. —

Daß unter diesen Umständen der Antrag des Kalisyndikats auf eine Erhöhung der Preise bis über 30 Proz. hinaus größtes Aufsehen erregen mußte, war selbstverständlich. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Aktion auf ausländische Einflüsse, eine Folge der Auslandsanleihe, zurückführt. Auf Grund internationaler Abmachungen können nämlich die Kaliwerke im Auslande keine höheren Preise nehmen als im Inlande. Um den ausländischen Interessenten höher Profite zu verschaffen, wollte man also den deutschen Verbrauchern auf indirektem Wege neue Lasten auferlegen.

Sonderbarerweise verhielt sich die deutsche Landwirtschaft, die doch am stärksten daran interessiert sein mußte, sehr zurückhaltend. Erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung und nachdem bekannt geworden war, daß man im Reichswirtschaftsministerium bei Prüfung der Sachlage zu dem Ergebnis gekommen, für eine Erhöhung sei zurzeit noch keine Veranlassung gegeben, nahmen nach Verhandlungen zwischen Vertretern des Kalisyndikats und der Landwirtschaft die letzteren ebenfalls einen ablehnenden Standpunkt ein.

Am 28. Juli trat der Reichskalirat zusammen, um über die vom Kalisyndikat geforderte Preiserhöhung Beschluß zu fassen. Dem Rat, der aus dreißig Mitgliedern besteht, gehören elf Arbeitervertreter an. Da in einer Kommissionssitzung, die am Vortage stattfand, das zur Begründung der Preiserhöhung beigebrachte Material stark angezweifelt wurde, beantragten die Gewerkschaftsvertreter angesichts der völlig ungeklärten Lage die Einsetzung einer Sonderkommission, die die Unterlagen einer genauen Prüfung unterziehen soll. Der Antrag wurde angenommen und von Gewerkschaftsseite Balke und Dr. Baade zu Mitgliedern vorgeschlagen. Dieser Sonderausschuß begann seine Arbeiten gleich am folgenden Tage.

Damit war die drohende Erhöhung der Kalipreise zunächst vertagt. In der Sitzung des Reichskalirates am 11. August kam jedoch durch vier Stimmenthaltungen ein Beschluß auf 12 Proz. Preiserhöhung zustande, gegen den aber der Bevollmächtigte des Handelsministers sofort Einspruch erhob. So drohen dem Gartenbau und der Landwirtschaft noch immer schwere Lasten, die diese wiederum auf die Verbrauchermassen doppelt abschieben werden. Damit wäre insbesondere einer Entwicklung großer Abbruch getan, die allerseits mit Genugtuung begrüßt und gefördert worden ist: dem Mehrverbrauch von Kalidüngesalzen seitens der Bauernschaft.

Arbeitskämpfe und Tarife

Verlängerung des Rahmentarifvertrages für die Landschaft- und Privatgärtnereien im Freistaat Sachsen.

Der bisherige Rahmentarif ist mit Wirkung vom 5. Juli d. J. neu abgeschlossen worden. Wesentliche Veränderungen erfolgten nicht. Nur im Abschnitt III. Arbeitslohn wurde sowohl für Gärtner als auch für Arbeiter je eine weitere Lohnstaffel eingerichtet, für solche über 20 Jahre alten, die noch nicht branchenkundig, d. h. noch kein Jahr auf Landschaft gearbeitet haben. Die bisherigen Löhne erfahren dadurch keine Änderung.

Berichte

Ein gärtnerisches Gutachten im wirtschaftlichen Untersuchungsausschuß.

Der Ausschuß zur Untersuchung der deutschen Wirtschaft hat sich entsprechend seiner Aufgabengebiete in eine Anzahl von Untersuchungsausschüssen aufgeteilt. Von diesen dürfte der Untersuchungsausschuß für Landwirtschaft auch unser besonderes Interesse erwecken; denn unsere Unternehmer werden bestrebt sein, auch hier sich als Bauern bemerkbar und ihre besondere Politik zu machen. Ein Sachverständiger für Wein-, Obst- und Gemüsebau kam in diesem Ausschuß bereits zum Vortrag, nämlich der Wirtschaftsberater der Landwirtschaftskammer in Bonn, der Reichstagsabgeordnete Hoffmann. Mit dessen Darlegungen ist allerdings der Reichsverband recht wenig zufrieden. Denn zu seiner grundsätzlichen Unterscheidung zwischen dem gewerbsmäßigen und dem landwirtschaftlichen Obst- und Gemüsebau bemerkt die „Gartenbauwirtschaft“, daß ihr diese Unterscheidung „wenig glücklich“ gewählt erscheine und nicht das Wesentliche kennzeichne.

Auch daß der Sachverständige, ihren besonderen Zwecken entsprechend zusammengebautes Zahlenmaterial über die Einfuhr gärtnerischer Erzeugnisse nicht benutzt hat, verübeln sie ihm recht sehr. Im übrigen kritisierte der Sachverständige die bekannten Fehler des Obst- und Gemüsebaues, bezüglich derer seit Jahren allerseits völlige Übereinstimmung herrscht, die aber bisher nur von recht wenigen vermieden werden.

Die Garten-Bauern fordern Abbau der Zölle.

In einem der Beschlüsse der „Fachabteilung für Gartenbau“ in ihrer Tagung in Erfurt wird die Herabsetzung der Zölle gefordert. Aber freilich nicht der Einfuhr-, sondern der Ausfuhrzölle. In der Begründung wird gesagt, daß zur Hebung des deutschen Gartenbaues und zur Aktivgestaltung der deutschen Handelsbilanz eine Ausfuhr gärtnerischer Erzeugnisse nach dem Auslande, namentlich nach den nördlich gelegenen Staaten, in Frage kommt und bei den günstigen Wasser- und Luftverbindungen nach den Nordstaaten auch aussichtsreich ist.

Wenn aber die Holländer und Franzosen dasselbe tun, ihre Regierungen ebenso bearbeiten, dann ist das bei unseren Garten-Bauern nicht dasselbe. Sonderbare Logik unserer Wirtschaftsstrategen!

Lehrlings- und Bildungswesen

Eine Regelung, die keine ist.

Die Gartenbaureferenten der preußischen Landwirtschaftskammern stellen an die Hauptlandwirtschaftskammer den Antrag, die Lehrlingshaltung für alle Provinzen einheitlich durchzuführen, und zwar derart, daß in Betrieben, die keinen oder nur bis zwei Gehilfen beschäftigen, ein Lehrling gehalten werden darf, zu dem ein zweiter erst dann kommt, wenn dieser erste Lehrling sein letztes Lehrjahr beginnt, in Betrieben mit drei und vier Gehilfen zwei, in Betrieben mit fünf und mehr Gehilfen drei Lehrlinge und in keinem Betriebe mehr als drei Lehrlinge zugleich gehalten werden dürfen.

So weit, so gut. Doch daß nach dem Beispiel der Rheinprovinz durch einen Satz unseren Lehrlingszüchtern weiter die bekannte Hintertür offengelassen werden soll, dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Diese an sich anerkennenswerte Regelung soll nämlich durch folgenden Satz wieder völlig wertlos gemacht werden: „sofern nicht bei der Anerkennung der Lehrwirtschaften oder später eine höhere Zahl festgesetzt wird.“

Bei der Entwicklung der Dinge, wie sie bei den Anerkennungen der Lehrbetriebe zu verzeichnen ist, kann unmöglich es den Beamten der Landwirtschaftskammern und noch weniger den Vertretern der Lehrlingszüchter, die sich bei solchen Anerkennungen immer wieder in den Vordergrund zu drängen verstehen, überlassen bleiben, die Zahl der Lehrlinge zu bestimmen. Will man also wirklich eine Regelung, dann streiche man diesen Satz.

Theorie und Praxis.

Der Reichsverband Deutscher Gartenbaubetriebe hat längst eingesehen, daß zur Gesundung unseres Berufes unsere schon dauernd gestellte Forderung auf vernünftige Regelung des Lehrlingswesens durchgeführt werden muß. Zur staatlichen Regelung des Lehrlingswesens ist deshalb vom Reichsverband auch der Vorschlag unterbreitet, nur 3 Lehrlinge als Höchstzahl für einen Betrieb zuzulassen.

Wie sieht es aber mit der praktischen Durchführungen dieses Beschlusses aus? In dem Betriebe von Max Schetelig, A.-G. in Lübeck werden 9, sage und schreibe neun Lehrlinge beschäftigt. Herr Schetelig ist aber Vorsitzender des Reichsverbandes! — Wenn so etwas am grünen Holz geschieht, was soll dann am dünnen werden? So aber ist es mit allen den Beschlüssen unserer Garten-Bauern zu sozialen Fragen bestellt: Sie dienen lediglich der papiernen Dekoration. Auch hier wird von uns etwas nachzuhelfen sein, daß andere Zustände kommen.

Runge.

Rundschau

Die Volksfürsorge im ersten Halbjahr 1926.

Die Volksfürsorge, das Versicherungsinstitut der deutschen Arbeitnehmerchaft, hat im ersten Halbjahr 1926 die nachstehenden, recht beachtlichen Erfolge aufzuweisen:

Die Antragsproduktion steigerte sich in der Volks- und Lebensversicherung um rund 117 000 und erreicht damit einen Bestand von insgesamt ungefähr 670 000 Versicherungen. Die Versicherungssumme nahm um 50 Millionen Reichsmark zu und hat gegenwärtig eine Höhe von rund 220 Millionen Reichsmark. An Sterbegeldern wurden in den ersten sechs Monaten d. J. 300 000 Reichsmark ausgezahlt; damit sind seit Umstellung auf feste Währung insgesamt 1,5 Millionen Reichsmark den Hinterbliebenen der bei der Volksfürsorge verstorbenen Versicherungen zugute gekommen.

Arbeiter und Angestellte, Gewerkschafter und Genossenschaftler dürfen keine privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften unterstützen. Alle Versicherungsbedürfnisse des arbeitenden Volkes müssen bei dem eigenen Unternehmen, der von den freien Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften ins Leben gerufenen Volksfürsorge gedeckt werden.

30 Jahre Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund.

Im August dieses Jahres blickt der Deutsche Arbeiter-Stenographen-Bund auf drei Jahrzehnte seines Bestehens zurück. Sein Wirken galt nicht allein der Verbreitung der Stenographie. Das

wurde schon vor ihm durch bürgerliche Vereine getan. Eine seiner wichtigsten Aufgaben war, das Kurzschriftwesen, das in Büros usw. schon längst verwendet wurde, durch Vereinfachung für das Volk brauchbar zu gestalten. Heute, nach jahrelangem Kampf hat er der Idee der Volksstenographie auf der ganzen Linie Bahn gebrochen und die Grundsätze, die für eine solche Schrift in Frage kommen müssen, sind im günstigen Vormarsch begriffen. Damit wird die enggezogene bürgerliche Kulturauffassung, daß die Kurzschrift für Büros und Gebildete sei, mehr und mehr zurückgedrängt. So nähert sich nach und nach das Kurzschriftwesen jener Entwicklungsstufe, auf der es seine letzte und allergrößte Aufgabe zu erfüllen hat. Für die Arbeiterschaft ist die Stenographie ein wichtiger Stützpunkt ihrer Bildungsarbeit.

Bekanntmachungen

Frankfurt a. M. Sonntag, den 29. August: Familienausflug nach Bergen. Treffpunkt 3 Uhr an der Straßenbahndation der Linie 22. Von dort über den Hutpark und Lohrberg nach Bergen. Dort im „Schützenhof“ gemütliches Beisammensein mit Tanz.
Der Ortsvorstand: F. Fuchs.

Wiesbaden. Sonntag, 29. August: Gemeinsame Fahrt nach Geisenheim zur Besichtigung der dortigen Lehranstalt mit anschließendem Spaziergang nach Johannisberg. Zusammenkunft: Mittags 12,45 Uhr, Hauptbahnhof. Rege Teilnahme erwünscht.

Samstag, 4. September, abends 8 Uhr: Versammlung im Gewerkschaftshaus mit wichtiger Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.

Sonntag, 12. September, nachm. 4 Uhr im Saalbau „Tivoli“, Schierstein: Dahlienfest mit Tanz und Blumenpolonaise. Mitglieder, sowie deren Angehörige sind herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Sterbefafel

Am 9. Juli verstarb der Kollege V. Fechner von der Rblm. Grunewald im 48. Lebensjahr. Verwaltung Gr.-Berlin. Ehre seinem Andenken!

Lest das „Gärtnerei-Fachblatt“, es ist ein unentbehrliches Fortbildungsmittel für jeden Weiterstrebenden.

JAHRESSCHAU-DRESDEN 1926

Jubiläums-GARTENBAU-Ausstellung

23. APRIL BIS ANFANG OKTOBER 1926

Dauer-Ausstellung

Pflanzen - Erzeugung
Wissenschaft
Pflanzen-Verwendung
Industrie und Technik

Vom 3. bis 6. September 1926

Herbstblumenschau

Vom 7. Okt. bis 10. Okt. 1926

Obst-, Gemüse- und Chrysanthemumschau

Blumenkleeves

Belsteckschldchen (Zink)
Rafflabast-Draht
verkauft

Lindemans, Berlin, Bergmannstr. 88

Gesucht

für die Schweiz ein älter.

Gärtner

zur Beforg. eines Gartens
u. einer Stüb. Nur absolut
zuverlässig. Leute mit guten
Zeugn. wollen sich melden
unter Chiffre 3588 an
Publicitas / Basel

Gandels-Öfenlumen

in Vorort Hamburgs (10000
Eink.), Treibhäuser, mit sämtl.
Obstbäumen, Sträuchern,
Blumentultur sowie sämtl.
Inventar usw., Wohnung, ab-
reisehalber f. nur 14.000,-
zu verkaufen
Betr. Jahresuml. ca. M. 30 000
Walther & Praeg
Hamburg / Reeperbahn 2-3

PÄCHTER

für Kräuterei, ca. 3 Morgen
in Stadt Wohlau i. Schles.
gesucht. Wohnung vorh.
Gel. Gärtner bevorzugt.
Offerten unter Z. 1135 an
Ala-Haasenstein & Vogler
Breslau

Halbfett. Tilsiter-

Form 9 Pfd. - Käse M. 5,85
9 Pfd. Kugelkäse M. 3,80
Porto Nachn. 1 M.

Holsteinische Käsefabrik
Klünder & Co., Norderl

„Unkraut-Ex“

das billigste und radikalste
Unkrautvernichtungsmittel

für Gartenanlagen, Straßenpflaster, Friedhöfe und Sportplätze.

Absolut unschädlich für Menschen und Tiere.

* 1 5 10 25 50 100 kg versch. Verpack.

M. 2,- 7,50 13,- 28,75 52,50 100,- frei Fabrik Hamburg
Für 100 kg genügen 2 Kilo „Unkraut-Ex“.

Hamburg! Stolte & Charlier Jägerhaus A.

Blattlausvernichtung

durch **Aphidon**
Agfa

Gegen:
Blattläuse
Blutläuse
Raupen



Raupenleim
„Hoechst“

Raupenleim-
Papier

Erdflöhmittel
„Hoechst“

Erhältlich in den einschlägigen Geschäften

I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft

Abtlg.: Schädlings-Bekämpfungsmittel

Leverkusen b. Köln a. Rh.

Höchst a. M.

VERPACHTUNG

Ab 1. Januar 1927 verpachte ich mein, eine Stb. von Berlin entferntes, 3 Morgen großes Grundstück, eingezäunt, a. Straßenbahn geleg., m. Spargel-, Erdbeerpflanzung, gr. Anlage von Schnittblumen, Obstbäumen u. Sträuchern, zehn Mistbeefenster, alles im allerbesten Kulturzustande. Gest. Zuschr. von wirklichen Fachleuten, die auch die zur Durchführung der Pacht erford. Vorkmittel besitzen, erb. u. 12472 an Briegerdank, Annonce-Exp., Berlin SW 11

„BUTTERS“
Qualitätswerkzeuge
sind weltberühmt. Man verlange in Samen- u. Gerätehandlungen nur Werkzeuge der Firma
Oskar Butter Gartenwerkzeugfabrik
BAUTZEN
wo nicht erhältlich, ab Fabrik
Preislisten zu Diensten

Erstklassige Gärtnerei

In Naumburg a. S.
m. Wohnhaus, neuzeitl.
Gewächshaus mit sämtl.
Bestand sofort preisw.
zu verkaufen. Näher.d.
Ernst Hochstein, Naumbg.-S.



Teschings
15 cm lang. 2,75
Revolver, Kal. 3,20 . . . 7,50
Luftgewehr von 4,75 M. an
WAFFEN - PAULY
Bergedorf 45

Schatten-Decken

aus Kokos, Marke „Elefant“
liefert die rühmlichst bekannte Firma
Paul Dosselt, Reichenan, Sachsen
Telegramme: Kokospossett. Angebot und Muster
frei. Prämiert mit Goldenen Medaillen